

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 20.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 14. Mai 1909.

Insertionspreis für die vierteilige, Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Jeder Holzarbeiter,

der nicht dem Verbande angehört, ist ein Hindernis für das Emporsteigen seines Standes. Gewollt oder ungewollt verhindert er, daß all die Kulturgüter, die durch den Arbeiterstand mitgeschaffen, diesem auch mit zugute kommen. Vollen Erfolg ihrer Tätigkeit wird die gewerkschaftlich organisierte und um ihre Rechte kämpfende Arbeiterschaft erst dann sehen, wenn sie den Feind in den eigenen Reihen, den Stumpfsinn und die Gleichgültigkeit besiegt hat. Nichten wir deshalb den Hauptkampf gegen diesen Feind. Jeder Augenblick muß uns auf dem Posten finden. **Aufklärung und unermüdlige Agitation sei unsere Parole!**

Ein Urteil

aus Arbeitgeberkreisen über unorganisierte Arbeiter verbunden mit der Frage, ob dieselben berechtigt seien, an den Vorteilen eines Tarifvertrages teilzunehmen, veröffentlicht kürzlich wie folgt der „Nachener Volksfreund.“

„Fanden sich da als gemischte Gesellschaft organisierte und unorganisierte Tischlermeister beim Glase Bier beisammen. Die Unterhaltung lenkte sich von einem zum andern, so auch auf das Organisationswesen der Arbeitgeber und -nehmer, wie auf die ärztliche Bewegung der christlich organisierten Holzarbeiter hiesigen Orts. Zu der tariflichen Festlegung der Arbeitszeit ab 1. Okt. 1908, wie der Lohnhöhe zum 1. Juli 1909 äußerte sich ein Kollege: Ich habe auch zwar den Tarif anerkannt, weiß jedoch zur Zeit nicht, ob ich bei meinem Wort bleiben werde! Darauf die Erwiderung eines anderen: Aber dazu sind wir doch durch Ehrenwort und Unterschrift moralisch verpflichtet! Antwort: Nach Lage der Sache ja! Aber, hat nicht die Verbandsleitung der Holzarbeiter mit uns tariflich abgeschlossen speziell zugunsten ihrer Mitglieder? Nun, dieser organisierten Gehülften standen zur Zeit der Abmachung viele bei mir in Arbeit, zu deren Gunsten prinzipiell „tarifisiert“ wurde, und zu deren Gunsten ich mich verpflichtete. Heute jedoch, nach der überwundenen Geschäftsleide, bei welcher eine bedeutende Rekrutierung an Arbeitern sich vollzog, setzt sich meine heutige Gehülfsenschaft aus unorganisierten zusammen, zu deren Gunsten ich mich nicht tariflich verpflichtet halte. Die gänzlich unorganisierten Gehülften haben doch auch faktisch eine Aufbesserung beansprucht, wie auch jene, welche aus der Verbindung ausschieden, mit dem Austritt Verzicht leisten auf die Ertragsansprüche ihrer organisierten Kollegen. Alle Achtung vor Helfern, welche selbstlos nach idealen Grundsätzen zu handeln vermögen, ich aber stehe auf dem Standpunkt: wo jeder sich selbst der Nächste ist. Nimmer werde ich mich dazu verstehen, diesem heutigen Personal ein Recht auf Ansprüche anderer zuerkennen zu wollen. In Anerkennung unserer Zeit sage ich mir: Der organisierte Arbeiterstand ist der Faktor, mit welchem wir ferner zu rechnen haben, wollen wir tarifliche ruhige Arbeitsverhältnisse. Sie sind uns, wir ihnen verpflichtet. Sollen wir der gleiche Pflichten üben gegen solche, welche uns nicht tariflich gegenüber sind? Ich finde dies als ein Unding. — Diese Ausführung fand ziemlich ungeteilten Beifall der Runde. Ob man's aber damit halten soll? Ja, vom Gesichtswinkel des wirtschaftlichen Standpunktes aus betrachtet kommen jene wirklich in Betracht, welche den gedachten Körperschaften, deren Prinzipien fernstehen und unruhmliebereiße von weitem lauern, wo sich was einfaches fängt, was andere vom Baum geschnitten und sich hinterher etwa noch lustig machen über ihren unterschiedlos handelnden Prinzipal. Dieses nur die persönliche Anschauung des Einsenders als objektives Urteilender bezug auf zeitgemäße Interessen der Arbeitgeber und -nehmer.“

Die Ansichten, die in vorstehendem Tischgespräche zum Ausdruck kommen, sind eine ernste Mahnung für die unorganisierten Kollegen.

Keinen Pfennig mehr Lohn den Unorganisierten! Keine Minute kürzere Arbeitszeit den Unorganisierten! Nichts von den Vorteilen, die durch Tarif oder sonstige Abmachungen mit organisierten Arbeitern in Betrieben erreicht werden sind, den Unorganisierten! Nur die organisierte Arbeiterschaft ist der Faktor, mit dem wir zu rechnen haben!

Die Unorganisierten bilden den Hemmschuh bei den Bestrebungen, bessere Verhältnisse im Gewerbe zu schaffen! Das ist die Ansicht von Arbeitern. Sollte da ein denkender Arbeiter es noch mit seiner Vereinnahmung können, dem Verbande fern zu bleiben?

habe. Der Angeklagte sei auch Vorsitzender des christlichen Holzarbeiterverbandes gewesen und sei er deshalb finanziell so in Anspruch genommen worden, daß er es aus seiner eigenen Kasse nicht bestreiten konnte. Demgegenüber stellen wir fest, daß Krämer sämtliche Ausgaben, die er für den Verband machte, vergütet erhielt, er also keine Veranlassung hatte, dies als Entschädigung am Gerichte vorzubringen. Uebrigens ist Krämer schon bald ein Jahr nicht mehr Vorsitzender unserer Zahlstelle und gehört auch unserem Verbande nicht mehr an. Krämer hat sich an dem Gelde seiner Standesgenossen vergreifen, und hat dafür nun eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten erlitten. Wie aber die sozialdemokratische „Holzarbeiterzeitung“ unsern Verband mit dieser Sache in Verbindung bringen konnte, ist uns nicht recht klar. Oder sollte es etwa deshalb geschehen, weil man gerade in der letzten Zeit vielfach von Unterschlagungen in „freien“ Gewerkschaften und auch im soziald. Holzarbeiter-Verbande vernehmen konnte und die „Holzarbeiter-Ztg.“ dies durch die erwähnte Mitteilung zu verdecken oder zu beschönigen glaubt? Fast scheint es so! Wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ einen solchen Fall, der mit unserm Verbande herzlich wenig zu tun hat, benutzt, um zu zeigen, welch „schlechte Kerle“ die Christlichen sind, dann stände es ihr wirklich besser, an Hand der Fälle im soziald. Holzarbeiterverbande den „Genossen“ zu zeigen, wie sie sich nicht aufzuführen haben. Da dem Blatte anscheinend dazu der ernste Wille fehlt, andererseits der „gestrauchelten Christen“ aus unserm Verbande gar zu wenig sind, wollen wir der „Holzarbeiter-Zeitung“, ähnlich wie bei anderer Gelegenheit, etwas nachhelfen. Wir registrieren nachstehend Fälle von Unterschlagungen, die sich seit dem Bestehen des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter im soziald. Holzarbeiterverbande zugetragen haben und die von der Leitung letztgenannten Verbandes zugestanden wurden. Die beigefügte Zahl ist die Summe des unterschlagenen Geldes. Dafür, daß alle Fälle die vorgekommen, angegeben sind, übernehmen wir keinerlei Garantie.

Folgende Mitglieder des soziald. Holzarbeiter-Verbandes, die fast sämtlich Vertrauensposten innehatten, machten sich in ihrer Organisation der Unterschlagung von Geldern schuldig:

1. Marting-Hildesheim 38,20. — 2. Repple-Lörrach 24,97. — 3. Saalbach-Rosenheim 92,21. — 4. Stender-Bremerhaven 5,20. — 5. Blum-Garmisch 16,35. — 6. Zander-Habersleben 50,00. — 7. Dreßler-Neustadt a. S. 3,40. — 8. Seifert-Niederfeld 9,40. — 9. Jacoß-Ratibor 65,21. — 10. Uhlendorf-Kellheim 401,27. — 11. Weis-Rinder 59,98. — 12. Jassch-Neichenhall 1889. — 13. Meier-Zirndorf 30,00. — 14. Rademich-Blomberg 22,05. — 15. Bergshahn-Detmold 4,50. — 16. Colshorn-Emden 191,25. — 17. Sydow-Greifenhagen 23,88. — 18. Hessel-Wiesbaden 35,00. — 19. Hagen-Worms 37,60. — 20. Duast-Lübbenau 12,25. — 21. Böhm-Braunschweig 12,50. — 22. v. Drateln-Delitzsch 35,42. — 23. Placius-Dejnhausen 12,61. — 24. Biesler-Zwidau 17,70. — 25. Knapp-Doppeln 47,27. — 26. Hoyer-Waldheim 63,00. — 27. Steiner-Füssen 31,82. — 28. Stolp-Dösch 1,75. — 29. Belz-Wiehlungen 184,21. — 30. Prießlich-Bremerhaven 30,63. — 31. Kaiser-Burg 276,45. — 32. Arenz-Düsseldorf 72,03. — 33. Gieseler-Düsseldorf 8,54. — 34. Esser-Düsseldorf 5,25. — 35. Voos-Düsseldorf 38,45. — 36. Schöll-Frankfurt a. M. 17,31. — 37. Reuß-Frankfurt a. M. 31,15. — 38. Weyerermann-Freudenstadt 30,18. — 39. Schubert-Kunersdorf 64,39. — 40. Hansen-Ludwigshafen 32,00. — 41. Bayer-Mannheim 15,61. — 42. Juffs-Norden 15,00. — 43. Reschomat-Schivelbein 12,81. — 44. Balesflo-Zabrze 12,65. — 45. Klemens-Zabrze 23,35. — 46. Bernav-Zielzig 16,55. — 47. Meißel-Viebrich 38,50. — 48. Egger-Vielefeld 51,63. — 49. Kaiser-Burg 53,08. — 50. Dahl-Frankenthal 7,10. —

51. Osmann-Garmisch 2,81. — 52. Häberle-Pforzheim 40,92. — 53. Michel-Schönlank 20,27. — 54. Wolf-Berlin. — 55. Berndt-Berlin. — 56. Jung-Stuttgart 19,66. — 57. Bihlmeier-Altensteig 139,35. — (Strafe 1 Jahr 3 Monate). — 58. Gläsel-Breslau. — 59. Pook-Lauterberg 68,50. — 60. Böckmann-München. — 61. Jahn-Rainz. — 62. Ballaba-Greifeld 19,25. — 63. Schweiger-Pafewalt 55,88. — 64. Kreißl-Annaberg 15,05. — 65. Kunze-Harzburg 7,07. — 66. Walbert-Delitzsch 56,89. — 67. Müller-Stuttgart 44,30. — 68. Amling-Worms 61,60. — 69. Kreuz-Angermünde 94,72. — 70. Seedorf-Bremerhaven 10,76. — 71. Nibel-Eberfeld 353,22. — 72. Lüders-Lübthe 26,30. — 73. Reichel-Rühlendorf a. S. 81,06. — 74. Irrgang-Norden 175,88. — 75. Poser-Altensteig 141,30. — 76. Mette-Schöningen 14,66. — 77. Heubel-Bierzen 55,42. — 78. Kallmeyer-Bienzenburg a. S. 24,56. — 79. Hausen-Sannstadt 26,00. — 80. Grupp-

- Leonberg 36,75. — 81. Radajewski-Ditrowo 3,75. — 82. Born-Berlin. — 83. Steinweg-Deemmin. — 84. Schneider-Eberfeld. — 85. Starckgraf-Berlin. — 86. Draht-Cöln. — 87. Kaufch-Berlin. — 88. Neumann-Berlin. — 89. Sprbe-Bremerhaven 186,20. — 90. Prieß-Castrop 102,75. — 91. Trage-Deutsch-Eylau 42,21. — 92. Pantzin-Deutsch-Eylau 32,50. — 93. Doh-Diebenhofen 73,71. — 94. Rörs-Dortmund 18,00. — 95. Hansen-Flensburg 23,50. — 96. Mertins-Gnesen 77,83. — 97. Reinisch-Großröhrsdorf 463,84. — Strafe: 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. — 98. Langer-Harburg 58,00. — Strafe: 6 Wochen Gefängnis. — 99. Zuber-Leipzig 44,25. — 100. Stähle-Lippstadt 100,60. —
101. Binner-Lübthe 118,32. — 102. Hopple-Mühlberg a. S. 83,76. — 103. Rapp-Nadolitzell 79,90. — 104. Meyer-Rastatt 29,35. — 105. Schmidt-Sagan 78,20. — 106. Domke-Siegen 86,87. — 107. Burtgard-Walungen 51,54. — 108. Winkler-Wilkau 20,90. — 109. Klein-Zabrze 102,38. — 110. Grieben-Zehdenick 396,09. — 111. Köbinger-Ribbing 80,93. — Strafe: 3 Wochen Gefängnis. — 112. Wille-Blomberg 323,20. — 113. Köhner-Eisenach 35,00. — 14 Tage Gefängnis. — 114. Dietelt-Kaufbeuren 61,58. — 1 Monat Gefängnis. — 115. Geilhoff-Leubsdorf 224,66. — 5 Wochen Gefängnis. — 116. Weis-Solingen 1 Monat Gefängnis. — 117. Winkler-Zabrze 15 Mk. Geldstrafe. — 118. Dimmig-Trier 64,87. — 119. Groß-Doppeln 71,34. — 120. Donath-Ribbing 284,06. — 121. Hildebrandt-Alzen 32,76. — 122. Ostrowitz-Bromberg 38,63. — 123. Heflinger-Coblenz 39,70. — 124. Sperber-Dortmund 808,50. — 125. Layke-Einbe 13,20. — 126. Bahf-Eberfeld 20,00. — 127. Gollmaß-Eberfeld 32,84. — 128. Rörs-Effen 35,00. — 129. Scholz-Festenberg 63,00. — 130. Häusler-Festenberg 33,98. — 131. Kohn-Friedland 32,50. — 132. Tielecke-Güstrow 141,60. — 133. Fröhling-Sagan 26,60. — 134. Grünter-Papnau 203,31. — 135. Springer-Kattowitz 22,78. — 136. Dietrich-Greifeld 32,00. — 137. Kaufch-Ludenwalde 26,00. — 138. Lang-Mey 47,15. — 139. Köhne-Nordenham 205,19. — 140. Moritz-Dorfhausen 50,00. — 141. Tomaszewski-Pofen 631,93. — 142. Notnidi-Samter 23,43. — 143. Brandt-Schneidemühl 64,88. — 144. Kerstke-Schneidemühl 36,66. — 145. Küntopf-Schneidemühl 3,51. — 146. Brisch-Schönlank 59,44. — 147. Priloz-Staßfurt 196,92. — 148. Radjinski-Thorn 140,00. — 149. Fröje-Zülf 84,65. — 150. Koch-Würzburg 13,50. — 151. Genjchow-Pamburg. — 152. Brockmüller-Berlin. — 153. Wendi-Berlin. — 154. Trobe-Heide. — 155. Lapp-Cöln. — 156. Berger-Kufladt a. S. — 157. Walthar-Liegnitz — 158. Weiber-Liegnitz 1250,00. — 159. Raffube-Stettin 2963,00.

Die vorstehende Liste sollte der Holzarbeiter-Zeitung genug Veranlassung sein, vor der eigenen Türe zu kehren, anstatt unseren Verband mit Sachen in Verbindung zu bringen, die ihn nichts angehen.

Aus der Tapeziererbewegung.

Die Krise mit ihren harten Wirkungen ist auch an dem Tapeziererberuf nicht achillos vorübergegangen. Das Jahr 1908 war besonders ungünstig, und so mancher hat in diesem Jahre die Folgen der Arbeitslosigkeit bitter kosten müssen. Besonders im Norden-Deutschlands hat unter den Tapezierern die Krise mächtig gewirkt. Gewiß haben die Tapezierer in den größeren Städten Nord-Deutschlands auch in normalen Wirtschaftsjahren stark unter der Saison zu leiden. Ist die Saison vorüber, dann sind es in der Regel nicht wenige, die mit dem Straßenpflaster Bekanntheit machen. Begreiflich ist es deshalb, daß unter den Tapezierern die Arbeitslosigkeit einen besonders großen Umfang annimmt. Unsere Kollegen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hatten ebenfalls mit dieser Tatsache zu rechnen, die noch verschärft wurde durch den Druck, den die Zuwanderung von Kollegen aus noch schlechter gestellten Bezirken hervorrief. Wie stark die Krise sich in unserem Bezirke fühlbar machte, geht daraus hervor, daß der soziald. Tapezierer-Verband im Jahre 1908 allein soviel Arbeitslosenunterstützung auszahlte, wie in den drei vorhergegangenen Jahren zusammengenommen. Die in unserem Verbande organisierten und arbeitslos gewordenen Kollegen haben gewiß an ihrer Organisation eine recht kräftige Stütze gehabt; stehen doch die Unterstützungsleistungen unseres Verbandes denen des soziald. Tapeziererverbandes um nichts nach.

Der Nutzen der Organisation in der Krise ergibt sich auch aus den abgeschlossenen Tarifverträgen. Wo solche bestehen, da zeigt sich zunächst, daß der Arbeitgeber in Krisenzeiten keine Lohnabzüge vornehmen darf, was man bekanntlich ja nur zu gern versucht. Und nicht vereinzelt sind der Fälle,

Ein gestrauchelter Christ — Einhundert- undneunundfünfzig gestrauchelte sozialdemokratische Holzarbeiter-Verbändler!

Unter der Ueberschrift: „Ein gestrauchelter Christ“ bringt die sozialdemokratische „Holzarbeiter-Zeitung“ die Mitteilung, daß der Schreiner Karl Krämer in Frankenthal als Vertreter des katholischen Arbeitervereins 400 Mk. unterschlagen

wo es der gut organisierten Kollegenschaft gelang, trotz der Krise noch eine Lohnerhöhung herauszuschlagen. Manche Tarife verpflichten auch die Arbeitgeber zu sich wiederholenden Lohnsteigerungen. So bekamen unsere Kollegen in Essen am 1. April 1908 und am 1. April 1909 eine Lohnzulage von je 2 Pfg. pro Stunde. Solche Tatsachen sollten auch den indifferenten Kollegen eine Lehre sein.

Eine Finanzkrisis hat im Jahre 1908 der soziald. Tapeziererverband durchgemacht. Sein Kassenbestand, der im Jahre 1906 noch 134 487,58 Mk. betrug, ging bis Ende 1908 auf 66 037,63 Mk. zurück und das, trotzdem man im Jahre 1908 zur Erhebung von Extrabeiträgen schritt, die 14 474,50 Mk. einbrachten. Auf der im Juli d. J. stattfindenden Generalversammlung will man der Finanzmiserie durch eine Beitragsverhöhung ein Ende machen. Ob's gelingen wird? In anbetracht der großen Ausdehnung der noch zu erhoffenden Kämpfe, eröffnen sich für den soziald. Tapeziererverband gewiß nicht die besten Aussichten. Das Ende wird sein, daß der "freie" Tapeziererverband beim soziald. Holzarbeiter-Verbande landet. Bislang wurde den Tapezieren, welche Mitglieder unseres Verbandes sind, nur zu oft höhnend gesagt, daß ihr Verbleiben in einem Holzarbeiter-Verbande gewerkschaftswidrig sei. Derartige Einwendungen dürften doch endlich verstummen, nachdem man sieht, daß der Tapezierer-Verband nicht leben und nicht sterben kann. Auch sollte man beherzigen, daß gerade im soziald. Lager eine Gewerkschaftsvermehrung nach der andern kommt. Wir erinnern nur an die drei zuletzt erfolgten: Maurer und Bauhilfsarbeiter, Sattler und Portefeuller, sowie Gastwirtsangestellte und Hoteldiener. Die Verschmelzungen geschahen doch nur deshalb, um als ein großes Ganzes leistungsfähiger zu sein. Die christlich gesinnten und organisierten Tapezierer haben auf alle Fälle nicht den Wunsch oder das Bedürfnis, mit den Mitgliedern des soziald. Tapezierer-Verbandes zu tanzen. In derselben Zeit, wo das Vermögen des soziald. Tapezierer-Verbandes um 68 439 Mk. sank, vermehrte sich das Vermögen unseres Verbandes um 131 361 Mk.

Das sind Tatsachen mit positivem Wert und Inhalt. Um so bedauerlicher ist es, daß die im soziald. Verbände organisierten Kollegen weltfremden Utopien dienstbar gemacht werden. Man lese da nur folgenden Erguß einer Zuschrift aus Danzig an das "Korrespondenzblatt" des soziald. Verbandes: "So haben auch die Danziger Kollegen den ganzen Widerstand der kapitalistischen, der "göttlichen" Weltanschauung kennen gelehrt. Hoffentlich lernen unsere Kollegen aus solchen Verhältnissen, daß eine Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus nur der Sozialismus bringen kann". — Aber wozu denn eigentlich der Verband? Soll er als Platzhirsch dienen, das die Banden verdeckt, aber nicht heilt? —

Wir christlich organisierten Tapezierer haben keine Lust auf eine bessere Zeit zu warten, bis der Sozialismus unserer "Genossen" die Herrschaft antritt. Dafür danken wir, weil wir zu wenig Illusionen haben. Wir greifen zu, wo es notwendig ist und halten das einmal Erreichte fest. Unsere Zukunftshoffnung gründet einzig in unserer Gegenwartsbearbeitung und ihren Erfolgen. Mögen unsere Kollegen allerorts tüchtig an die Arbeit gehen und vor allem das Heer der Unorganisierten verringern helfen. Mit der besseren Konjunktur muß auch ein regeres Gewerkschaftsleben kommen. Auf, an die Arbeit! z. z.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 20. Monatsbeitrag im Jahre 1909 für die Zeit vom 9. bis 15. Mai fällig ist.

Die Quartalsrechnung fanden noch nicht ein: Schönau, Zell, Kirchheim, Montabaur, Köln-Deutz und Essen Tapezierer.

Briefkasten: Brief Nr. 56 069 Brief. Rüper, Schreiner; 48 635 Brief. Kreuz, Wagner; 18 950 Brief. Racin, Schreiner. Besondere Briefe sind für unzulässig erklärt.

Berichten unseres Verbandes an die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften. Die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften, die bisher von den "Holzarbeiter" von Köln aus zugeworben wurden, machen wir darauf aufmerksam, daß sie bei der nächsten Zusammenkunft bei der Post oder bei ihrer Zentralstelle in Köln sein müssen. Der vielen Briefen auf Zusendung per Postband kann fernschreiben nicht mehr entsprechen werden.

Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Tüchtel keine Arbeitstage an, ohne Euch vorher bei der Verhandlung der jeweiligen Forderungen zu erörtern. Gleich es im Augen die Sache über den Betrag bekannt gegeben ist über uns. Letztliche Entscheidung erfordern es nicht, daß bei der gegenwärtigen Konjunkturlage nicht sofort alle Bewegungen und Streiks an die große Glocke gehängt werden.

Die Arbeitsverhältnisse haben bei allen Bewegungen der Gewerkschaften die Besorgnis vor Arbeitslosigkeit einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufachen.

Der Kampf ist fernschreiben

Schreiner und Holzarbeiter: Dortmund, Köhlinghausen, Gelsenkirchen, Duisburg, Greven, Würzburg, Helmstedt (Sachsen), Herford (Westf.), Bad Döbrichhausen (Ostf.) und Mühlhausen (Sachsen). Schreiner: Düsseldorf (Köln). Holzarbeiter: Berlin (Mittel).

Schreiner: Kirchheim l. Heilbronn (Württemberg) Seite 10.

Zum Kampf im Ruhrgebiet. Mit großem Eifer setzt die Leitung des Arbeitgeberbundes ihre Bemühungen fort, die Aussperrung weiter auszudehnen. Versammlungen über Versammlungen werden abgehalten, um den Arbeitgebern die Aussperrung schmachhaft zu machen. Da die meisten Arbeitgeber die Versammlungen nicht besuchen, so wird ihnen in der Tagespresse das Nötige von der Bundesleitung mitgeteilt. Dabei wird in einer Weise gesunkert, daß sich die Balken bald biegen möchten. In einer Notiz der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hieß es bereits am 24. April, die Aussperrung erstreckte sich über ganz Rheinland und Westfalen, von Köln bis Emmerich, Gronau, Ibbenbüren, Bielefeld, Herford bis zum Siegerland. Die Zahl der Ausgesperrten betrage mehrere Tausend. In Wirklichkeit mußte man damals die Ausgesperrten noch mit der Laterne suchen. In der darauffolgenden Woche waren seitens unsers Verbandes nicht mal fünfzig Mitglieder zu unterstützen. Neuerdings, am 6. Mai, versicherte der Arbeitgeberbund einen Versammlungsbericht an die Tagespresse, in dem mitgeteilt wurde, daß zwischen 1000 und 1200 Schreiner gekündigt bzw. entlassen seien. Unsere genauen Feststellungen am 7. Mai ergaben jedoch, daß die Gesamtzahl der in Kündigung und im Ausstand stehenden 349 betrug. Aber selbst dann, wenn es zehntausend sollte 1900 Schreiner auszusperrten, hätte damit der Arbeitgeberbund noch lange nicht seinen Vertrag von den Arbeiterorganisationen anerkannt. Zu einem Vertragsabschlusse gehören zwei und zu einem Vertragsabschlusse für das Schreiner-gewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiete ist Vorbedingung, daß die Bestimmungen des Vertrages den im Schreiner-gewerbe üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen Rechnung tragen. Der Arbeitgeberbund muß die Schreiner-gesellen im Ruhrgebiet recht dümm einschätzen, wenn er ihnen zutraut, daß sie dankbar den bisherigen Zustand durch einen Vertrag verewigen würden. Die Großstadt Gelsenkirchen hat zum Beispiel für das Schreiner-gewerbe noch eine 10 stündige Arbeitszeit aufzuweisen. Trotzdem haben wir der wirtschaftlichen Lage Rechnung getragen und in keiner Weise das Gewerbe durch Forderungen beunruhigt. Dem Arbeitgeberbund blieb es vorbehalten, die jetzige Beunruhigung in das Gewerbe hineinzutragen und eine schwere Schädigung desselben herbeizuführen. Wenn derartige Hochsprünge die meisten Arbeitgeber nicht mitmachen, weil sie ihre Existenz nicht zu Grunde richten wollen, so ist das leicht verständlich. Die Arbeitgeber wissen, daß bei früheren Differenzen meistens eine friedliche Verständigung möglich war und daß erst jetzt, seitdem der Bund seine Hand im Spiele hat, das Gewerbe durch fortwährende Kämpfe beunruhigt und geschädigt wird.

In den Firmen, die bereits früher von dem Aussperrungs-beschluß zurückgetreten waren, sind in den letzten Tagen wieder eine Anzahl hinzugekommen. In Herne ging die Firma Benhof mit gutem Beispiele voran, worauf die anderen sofort nachfolgten. In Hagen, wo die Aussperrung am 8. Mai beginnen sollte, war am 11. Mai noch nichts davon zu merken. In Duisburg, wo wir mit der Schreiner-innung seit mehreren Jahren in einem Vertragsverhältnis stehen, stand vorher fest, daß die Aussperrung eine versuchte würde. Und so ist es denn auch gekommen. Die Zahl der organisierten und nichtorganisierten Ausgesperrten beträgt 85. Mit mehreren Firmen in Duisburg und in einem andern Orte stehen wir zurzeit zwecks Wieder-aufnahme der Arbeit in Unterhandlung. Die Ausgesperrten werden zum großen Teil mit Freuden von anderen Firmen eingestellt. Für die heranwachsende bessere Konjunktur versehen sich diese Firmen jetzt mit guten Arbeitskräften.

Unsere Kollegen im Aussperrungsgebiet sind guten Mutes und werden auch in Zukunft alles tun, um in Ehren den Kampf mit dem Arbeitgeberbund zu bestehen. Durch dessen Gehör wird sich kein Kollege verblüffen lassen.

Der Streit bei der Firma Saalfeld in Helmstedt dauert fort. Von Seiten des Arbeitgeber-Schutzverbandes sind die Namen der Streikenden auf die schwarze Liste gesetzt. — Mit dem von Berlin herangeholten Streikbrecher des gelben Gewerkschafters-Schutzverbandes, scheint die Firma keine Ehre einzulegen zu können. Durch die "Leistungsfähigkeit" der Arbeitswilligen veranlaßt, ist die Firma selbst auf die Streik-brecherfrage gegangen. In ihrem Berliner Büro wird Auslese unter den sich Meldenden gehalten. Die schon erhaltenen Arbeitswilligen, unter denen sich Elemente befinden, die vor wenigen Wochen den bekannten Transport nach Zürich mitgemacht haben, müssen selbst der Firma nicht so ganz genehm sein. Die Polizeibehörde hat über einen Stadteil Helmstedts, den kleiner Belagerungsstand verhängt. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird von der Bürgerschaft sehr stark bekräftigt.

Zur Lohnbewegung in Herford ist mitzuteilen, daß die Schreinermeister die Forderung der Gehältern auf Abschaffung des Kopf- und Logenwechs, nachweg ablehnten. Der Gehalt der Meister, wegen so geringfügiger Forderung ist auf einen Kampf aufzusuchen zu lassen, ist um so ausführlicher, als anderwärts die Meister freiwillig den Gehältern bei solchen Wünschen entgegenkommen.

Tarifverwertung in Bad Königshof. Der seit 1906 bestehende Tarifvertrag im Schreiner-gewerbe lief am 1. Mai ab und mußte daher erneuert werden. Infolge schlechter Konjunkturlage gelang es nicht, die Verhandlungen sehr schwierig und es wurde von einer weiteren Lohnbewegung abgesehen

werden. Dennoch gelang es, den bisher bestehenden Mindeststundenlohn von 38 auf 40 Pfg. und sämtliche Stundenlöhne um 2 Pfg. zu erhöhen. Der Vertrag läuft am 1. Mai 1911. — Der in dem alten Vertrage befindliche Passus, nach dem die Arbeitgeber verpflichtet waren, den 1. Mai als Feiertag anzuerkennen, ist im neuen Vertrage gestrichen.

Tarifanerkennung in Draßweide (Gaststätte Bielefeld). Für die Bauhandwerker ist hier ein Tarif am 1. April 1909 abgeschlossen, der eine Lohnzulage am 1. April 1909 vorsah. Die Arbeitgeber weigerten sich nun die vorgesehene 55 Pfg. Stundenlohn zu zahlen. Verhandlungen mit der Schlichtungskommission verliefen resultatlos. Das angerufene Einigungsamt entschied im Sinne des Tarifses. Da aber die Arbeitgeber auch hierauf noch keinen erhöhten Lohn zahlten, trat es zum Streik. Nach 14 tägiger Dauer erklärten die Arbeitgeber den tariflichen Lohn ab 1. April 1909 zahlen zu wollen. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Streik im Sägewerk von Hüllstrung in Düsseldorf. Die Kollegen sind hier wegen fortgesetzter Lohnminderungen und Lohnabzüge, der nicht zuzugenden neuen Werkstattdarstellungen, in den Ausstand getreten. Eine Verhandlung mit dem Verbandsvertreter mit dem Geschäftsinhaber blieb ohne Erfolg.

Tarifbewegung in den Münchener Fassfabriken. Schlechtweg versucht die Vertreter des roten Böttcherverbandes mit den Fassfabriken in München wieder einen Vertrag abzuschließen. Der seit 1906 bestehende Vertrag läuft am 1. Juli dieses Jahres ab, falls am 1. Mai, ein 2 Monate vorher von einer Seite der Kontrahenten Kündigung erfolgt. Noch vor der Kündigung fand sich Gauleiter Seel nebst seinen Münchener Helfer Mühl, bei den Vertretern der Arbeitgeber ein, um ihnen mitzuteilen, daß wieder den Abschluß eines Vertrages wünschten und daß sie um Verhandlungen. Im Verlaufe derselben kam schon die Absicht zu Tage, alle noch in Frage kommenden Organisationen auszuschalten. Die Herrn Seel und Gauleiter sogar auf's Gewerbegericht; sie ignorieren ihren eigenen Standpunkt der "Arbeiterverbrüderung", indem sie auf ihre stolze Fachorganisation hinweisen, und wenn sie Selbstherrlichkeit dabei nicht zu kurz kommt. Doch möge die Herrn Absichten haben wie sie wollen, ohne um die Sektion wird der Münchener Vertrag nicht abgeschlossen. Das sollten die "Genossen" endlich begreifen und in Zukunft gerade, nicht krumme Wege gehen.

Erledigte Differenzen in Biersen. Nachdem ein Streitiger bei der Firma Hansen in Biersen wegen Einhaltung des Tarifvertrages nur zu bedingten Zugeständnissen führte, riefen die Kollegen das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Die Verhandlungen fanden am 4. Mai statt. Von einem Schiedspruch wurde Abstand genommen, Firma jedoch dringend empfohlen, alle gerügten Maßnahmen zu unterlassen, die mit dem Tarif in Widerspruch stünden. Die Firma will sich hierzu verpflichten. Hoffentlich sind Differenzen, die sich bei der Firma aus dem Tarifvertrage ergaben, nun endgültig beseitigt.

Die Tarifbewegung in Würzburg kommt nunmehr zum Fluß. Bei einigen Firmen haben die Kollegen bereits Betriebe verlassen. Ob der Arbeitgeber-Verband die Aussperrung versüßt, bleibt abzuwarten.

Lohnführungen in Herford. Bei den Firmen Dörflinger sowie Kaul und Knigge, sind wegen angefordigter Lohnabzüge Differenzen entstanden. In Betracht kommen die Kollegen, wovon 19 unserem Verbands angehören. Bei Firma Dörflinger sind die Kollegen bereits in den Streik getreten.

Streik in Schneidemühl. Die Buntschler stehen im Streik. Bislang bestand eine Arbeitszeit von 11 Stunden und ein Lohn von 28—35 Pfg. pro Stunde. Die Forderungen lauten auf 35 Pfg. Mindestlohn, für bessere Arbeiter 40 Pfg. pro Stunde.

Streik in Bad Meynhausen. Wegen der im Herbst 1908 vorgenommenen Reduzierung der Lohn- und Akkordsätze 10% sind sämtliche Tischler der Möbelfabrik G. Draß und Dittensmeyer am Montag den 10. Mai in den Ausstand getreten. Die Firma hatte seinerzeit versprochen bei besserer Konjunktur die Abzüge aufzuheben und die alten Löhne wieder zu zahlen. Leider ist dieses nicht erfüllt, so daß der Ausstand perfekt wurde.

Kündigung in Greven. Weil hier die vom Arbeitgeberbunde für's Baugewerbe gefaßten Beschlüsse betreffend die Kürzung durchgeführt werden sollen, haben 31 Kollegen Kündigung eingereicht.

Abwehrstreik der Stellmacher bei der Firma Grün in Berlin (N. 65. Liebenwalderstraße 31). Veranlaßt hierzu ist die Einführung der Akkordarbeit verbunden Lohnreduzierungen. Gleiches versuchte die Firma schon vorigen Jahre, wie sie auch Anfang Februar d. J. Arbeitszeit von 52 auf 54 Stunden verlängern wollte. dem Betriebe werden Carosserien angefertigt.

Zur Erneuerung des Tapezierervertrages in München wurden bereits dreimal Verhandlungen mit den Meistern gepflogen, die unverbündlicher Art waren und noch zu keinem Resultat führten. Es wurden die gegenseitigen Forderungen erläutert und begründet und so die Situation geklärt. In einer Lohnbewegung wollen die Meister für dieses Jahr nicht wissen, was möglicherweise zu ersten Differenzen führen wird.

Streik in Nürnberg. In Nürnberg stehen die Schreiner im Streik. Den Arbeitgebern wurden folgende Forderungen unterbreitet: Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden die Woche, 5 Pfg. Lohnzulage die Stunde und 48 Pfg. Mindeststundenlohn für Arbeiter über 20 Jahre. Lohnbetrag bisher 43 Pfg. Die bisher stattgefundenen Einigungs-verhandlungen befriedigten die Arbeiter nicht und führten zu einem einstimmigen Streikbeschlusse. Der Kampf verpricht hartnäckig zu werden, da in Nürnberg sich der Sitz des Arbeitgeber-Schutzverbandes für die Holzindustrie, Bezirksverband Bayern befindet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Herne. Unter denjenigen Orten, in denen der Arbeiterbund für das Baugewerbe und seine Getreuen in den letzten Wochen den im Holzgewerbe beschäftigten Arbeitern keine Macht so recht fühlen lassen wollte, befand sich auch unsere angehende Großstadt Herne. Die Kollegen wird es deshalb interessieren, etwas über den Verlauf der Bewegung hier selbst, die, um es vorweg zu sagen, bereits wieder beendet ist, zu erfahren. Die seitens des Arbeitgeberbundes angedrohte Lohnkürzung wurde hier auf 3 Werkstellen mit insgesamt 13 Arbeitern durch Anschlag angekündigt, jedoch auf keiner Werkstelle durchgeführt. Dann kam die Parole vom Arbeitgeberbund, bis zum 23. April allen Gesellen zu kündigen. Eine am 24. April stattgefundene Innungs-Versammlung beschloß dem auch auf Drängen des Herrn Obermeisters, der Parole zu folgen und den Gesellen zu kündigen. Ein interessantes und für die Haltung des Obermeisters recht bezeichnendes Zwischenstück aus dieser Innungs-Versammlung finden wir in einer hiesigen Tageszeitung. Sie schreibt: Obermeister: „Meine Herren! Wir müssen unter allen Umständen den Beschluß der Arbeitgeber-Verbände durchführen und den Leuten kündigen, da läßt sich nichts dran ändern. — Ein junger Schreinermeister: „Ja, sagen Sie mal, Herr Obermeister, wie ist es denn mit Ihren Leuten, kündigen Sie denen auch?“ — Obermeister: „Was, kündigen? Ich habe ja gar keine organisierten Gesellen, und ich will auch keine haben. Und wenn man mir mit Tarif oder so etwas Ähnlichem kommt, dann schmeiße ich sie zur Bude heraus, wie ich das vor ein paar Jahren auch getan habe. Uebrigens bin ich über einen Gesellen Onkel und Vormund, dem gebe ich 6 Mk. die Woche (damit er nicht zu üppig wird. D. G.), dem kann ich doch schlecht kündigen und der andere steht bei mir als Werkführer im Monatslohn.“ — Schreinermeister: „Aber, Herr Obermeister, Sie haben auch sonst noch Gesellen, wie z. B. ...“ — Obermeister (einfachend): „Entschuldigen die Herren, ich bin bereits eben per Telefon gerufen worden, ich muß gehen. Guten Abend, meine Herren.“ — Soweit genannte Zeitung. Man sieht, der schlaue Herr Obermeister hat gewiß bei der Leitung der Versammlung das Stößgabellein leise vor sich hingemurmelt: „Du heiliger Florian! Verschon' mein Haus, zünd' and're an! Im übrigen erwartete unsere Kollegen von dem Herrn Obermeister eine gepfeiferte Antwort auf besagten Artikel, doch nichts von alledem kam; doch hören wir jetzt von zuständiger Stelle, daß der Herr sein Amt als Obermeister niedergelegt habe, da er nicht begreifen konnte, daß er das, was er von seinen Mitgliedern verlangte, zunächst auch selbst auszuführen habe. — Doch nun zur Kündigung: Betroffen wurden von ihr 9 Werkstellen mit insgesamt 55 Kollegen, von denen 29 christlich, 6 „frei“ und 22 nicht organisiert waren. Die Kollegen hatten sich denn auch bereits in den Gedanken hineingelegt, jetzt im schönen Monat Mai einmal ein paar Tage Ferien zu bekommen. Doch es kam anders. Am Mittwoch, als dem Endtermin der Kündigungszeit bei der Firma G. F. W. Deuschhoff hier selbst, die zurzeit 22 Mann beschäftigte, nahm der Chef derselben die Kündigung zurück, und am Samstag folgten denn auch die übrigen Werkstellen nach, bis auf einige kleine Geschäfte mit 2-3 Mann, die wohl wegen Mangel an Arbeit die Kündigung aufrecht hielten. Vorläufig ist also nochmals wieder der Friede eingelehrt im hiesigen Holzgewerbe; doch wer weiß, auf wie lange? Mögen die Kollegen die Augen aufhalten und vor allem nicht nachlassen in der Arbeit für die Organisation. Die indifferenten Kollegen haben eine heilsame Lehre bekommen in diesen Tagen. Nutzen wir das aus und suchen wir sie für unsere Sache zu gewinnen.

Selsenkirchen. Eine gut besuchte Versammlung hielt unsere Zahlstelle am Samstag den 1. Mai ab, in welcher der Verbandsvorsitzende Kollege Kurtscheid über die Tarifbewegung in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Bewegung im Industriebezirk einen Vortrag hielt. Einleitend entwarf der Referent ein Bild über den Umfang der Tarifbewegung in Deutschland und schilderte dann die Vorteile, die für beide Teile, Arbeiter und Arbeitgeber, aus den Tarifverträgen erwachsen. Diese Vorteile habe man nun auch in der Holzindustrie des Industriegebietes in den letzten Jahren mehr und mehr erkannt. Der erste Vertrag sei am 16. Mai 1904 in Essen getätigt worden. Ihm seien dann in demselben Jahre gefolgt die Verträge in Pagen, Bochum, Herne und Mülheim Ruhr. Vom Jahre 1904 ab hätte sich sodann die Tarifbewegung schnell entwickelt. Vor Ablauf der Verträge, um die sich zur Zeit der Kampf drehe, habe es im Ruhrgebiet kaum einen Ort mit nennenswerter Holzindustrie gegeben, ohne Tarifvertrag. Das Erstaunliche dabei sei, daß fast alle Verträge ohne vorhergegangenen Kampf abgeschlossen worden seien. Wenn es diesmal zum Kampf komme, so läge daran der Umstand die Schuld, daß die Vertreter des Arbeitgeberverbandes jedes Entgegenkommen vermissen ließen. Anstatt an der Forderung des Bezirksvertrages festzuhalten, hätte der Arbeitgeberbund den Vermittlungsvorschlag der Arbeitervertreter annehmen sollen. Diese seien bereit gewesen, den erzielten Verträgen einen einjährigen Ablaufstermin zu geben. Auch bezüglich der Arbeitszeit trage der Bund in keiner Weise zu Verbesserungen in der Holzindustrie Rechnung. Anstatt Entgegenkommen zu zeigen, sei der Bund mit Lohnabzügen und Arbeitszeitverlängerung vorgegangen. Es gelte jetzt, diesen Schlag mit aller Entschiedenheit abzuwehren, was angesichts der finanziellen Organisationen und der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter gar nicht schwer fallen dürfte. Dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter stehe z. B. ein Barvermögen von 275 000 Mk. zur Verfügung. Redner schloß mit der Aufforderung, den Kampf, den die Arbeiter weder gewollt noch begonnen, so zu führen, daß die Arbeiter mit Ehren daraus hervorgehen würden. — In der Diskussion wurde unter andern die Frage ventiliert, ob es nicht angebracht sei, einen erhöhten Lokalarbeitstag einzuführen. Ueber die Frage soll in einer nächsten Versammlung ausführlich erhandelt und Beschluß gefaßt werden.

habe und in welchem Maße daran die Holzindustrie beteiligt sei. Trotz der vielen Vorteile, die die Tarifverträge dem Gewerbe brächten, zeige es sich häufig, daß manche Arbeitgeber sich nicht mit dem Wesen des Vertrages befreunden könnten, und daß die Verträge nicht als Friedensinstrument, sondern vielmehr als Kampfmittel betrachtet würden, um einerseits die Störfkraft der Gewerkschaft möglichst zu schwächen, andererseits den Organisationen die Hände zu binden. Diese Absicht sei namentlich zutage getreten bei den letzten Tarifverhandlungen im Ruhrgebiet. Die Arbeitgeber hätten den Arbeitern Bedingungen aufstrotzieren wollen, die diese als Unrecht empfinden müßten und die dazu angetan seien, in den Kreisen der Arbeiter einen Widerstand gegen die Tarifbewegung hervorzurufen. So sei z. B. im Ruhrgebiet versucht worden, die 10stündige Arbeitszeit tariflich festzulegen, während mehr als 120 000 Holzarbeiter zur Zeit in Deutschland bereits die 9stündige Arbeitszeit aufzuweisen hätten. Die Frage eines Reichstarifes, die in den letzten Jahren verschiedentlich aufgetaucht sei, halte er noch nicht für spruchreif und zwar aus dem Grunde, weil die Organisation auf Arbeitgeberseite eine solche noch nicht ist, daß sie eine Garantie für die Durchführung der vertraglichen Bestimmungen böte. Bei dem Arbeitgeberschutzverband hapere es überhaupt noch sehr in bezug auf Durchführung der abgeschlossenen Verträge. Von den im vorigen Jahre in Leipzig abgeschlossenen Verträgen seien eine Anzahl noch nicht durchgeführt. Auch in Münster habe es sich kürzlich gezeigt, wie leicht Arbeitgeber geneigt sind, Tarifverträge zu durchbrechen. Der Referent kam dann auf das „Eingefand“ im Aachener Volksfreund zu sprechen. Darin sei die Frage aufgeworfen worden, ob ein abgeschlossener Vertrag nur für die organisierten Gültigkeit habe, oder ob er für das ganze Gewerbe gelte. Ohne diese Frage selbst zu beantworten, erklärte der Redner es für bezeichnend, daß diese Frage überhaupt in Aachen aufstauken konnte; es gehe daraus hervor, daß in Aachen eine sehr große Zahl Unorganisierte vorhanden sei. Auf einen Zwischenruf, daß die Unorganisierten ausgehungerte Leute seien, bemerkte Referent, daß diese Ausrede weiter nichts als eine Bripaste sei. Wer die Lage der Arbeiter verbessern wolle, der müsse sich zunächst einer Organisation anschließen und diese ausbauen helfen; und wenn die Arbeitsverhältnisse auch noch so schlecht seien, er müsse sich organisieren. In dem Eingefand an den „Volksfreund“ werden die Nichtorganisierten von den Arbeitgebern als solche hingestellt, die die Früchte der Organisation einheimen, aber die Kosten nicht bezahlen wollen, um das Gewerbe zu heben. Die Unorganisierten mögen die Lehre daraus ziehen, daß auch sie in die Reihe der Organisierten hineingehören. In der nun folgenden kurzen Diskussion über diesen Gegenstand wurde der Indifferentismus eines Teiles der Arbeiterschaft als der Grund der herrschenden Ansichten über die Tarifverträge bezeichnet. Nur der allseitige Beitritt zur Organisation könne den errungenen Bestanden wehren helfen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Frage: „Wer schützt die Interessen der Aachener Holzarbeiter?“ In bezug auf diese Frage wies Kollege Ginters nach, was unser Verband bis heute in Aachen geleistet habe. Im Jahre 1904 noch habe auf Grund einer ausgenommenen Statistik sich ergeben, daß der Lohn für einen Tischler nur 3,20 Mk. betragen habe; heute sei der Lohn um 1 Mk. höher. Redner schilderte sodann den Hergang, wie durch einen Vertrauensbruch der „Rheinischen Zeitung“ im Jahre 1905 die Anstrengungen um Erlangung eines Tarifvertrages vereitelt worden seien, sowie den Verlauf der diesjährigen Verhandlungen, speziell die Äußerungen der „Rheinischen Zeitung“ vom 20. Juli und vom 28. Juli 1908, die ausdrücklich seine soeben gemachten Ausführungen bestätigten. Den „Freien“ wäre es nur darum zu tun gewesen, den Christlichen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Sie hätten keinen Finger gerührt, um die Interessen der Aachener Holzarbeiter zu verbessern, sie seien im Gegenteil bestrebt gewesen, die Forderungen der Arbeiter zu durchbrechen. Diese Behauptung wurde mit einem Schreiben belegt, das eine Firma als Antwort auf eine Aufforderung des christlichen Verbandes im vorigen Jahre an diesen gerichtet hat. Die Verhandlungen über diesen Punkt nahmen eine große Ausdehnung an, so daß der Vorsitzende nach einem Schlussworte des Kollegen Kurtscheid, das zur praktischen Arbeit im Gegensatz zu den heute durch die „Freien“ hervorgerufenen Diskussionen aufforderte, erst um 2 1/2 Uhr die Versammlung schloß.

Offenbach. In Offenbach scheint man bei den jobd. Holzarbeitern keine zugräftigen Agitationsmittel mehr zu haben, deshalb müssen wieder einmal die Christlichen herhalten. Wir sehen ja über die meisten Mägen mit einem mitleidigen Lächeln hinweg; doch wollen wir diesmal von der Regel abweichen. In Nr. 16 der sozialdemokratischen „Holzarbeiter-Zeitung“ glaubt ein Artikelsschreiber sein Licht leuchten zu lassen, indem er den Streit von 1904 und die Bewegung von 1906 zitiert und die Christlichen als Sündenböcke und als Unternehmerschutztruppen hinstellt. Der gute Mann glaubt vielleicht, daß das, was ihm vor 3 und 6 Jahren kein Mensch geglaubt, jetzt durch die Bergeflüchtigkeit einzelner geglaubt würde. Er wirft den Christlichen vor, daß dieselben bei dem Streit 7 Wochen mitgetan hätten und dann umgefallen wären. Rein, verehrtester Artikelsschreiber, die Christlichen haben nicht als Streikbrecher angesehen, sondern erst dann, als den Kollegen eine 5%ige Lohnerhöhung zugesichert war. Erinnert sich der Artikelsschreiber nicht mehr der Worte seines damaligen zweiten, jetzt ersten Verbandsvorsitzenden Reipart, der in einer Vertrauensmännerklärung erklärte, daß er aus den Berichten der Zahlstelle Offenbach die Ausichtslosigkeit des Streiks deutlich lesen könne und deshalb die schleunigste Beilegung empfahl? Aber die Offenbacher Holzarbeiter wollten den Klagen spielen und einen guten Rat nicht annehmen. Deswegen also der 16wöchentliche ausichtslose Streik. Und wie kam es denn, daß auf einmal der Streik so schnell abgebrochen wurde und einer ihrer Kollegen von damals, der den Mund nicht voll genug nehmen konnte gegen die Kapitalisten und Ausbeuter, am Tage nach dem Streik als Werkführer bei einer am Streik beteiligten Firma anfang? U. A. m. g. Nun die Lohnbewegung von 1906. Auch da glaubt der Artikelsschreiber uns eins anhängen zu können. Er schreibt, wir wären zu der fraglichen Versammlung eingeladen worden. Gewiß! Auf der Straße ist man einem christlichen Kollegen nachgelaufen, hat diesem erklärt, die Forderungen wären ausgearbeitet und es sollte nur noch abgestimmt werden, wann dieselben eingereicht würden; man wäre ja auf uns nicht angewiesen, aber aus Gnade und Barmherzigkeit dürften wir mitmachen. Rein Verehrtester, wir sind eine selbstständige Organisation, wo wir mitantreten sollen, wollen wir auch mitraten. Auch hat für uns zu dieser Zeit keine Aussperrung bei Förster bestanden. Da wir durch den Humburg des Kaiserens unsere Leute nicht brotlos werden lassen, lag unserserseits keine Veranlassung vor, die Kollegen von der Firma Förster fernzuhalten. Uebrigens hatte die Aussperrung bei Förster mit der Lohnbewegung von 1906 absolut nichts zu tun. Dann der vor der entscheidenden Versammlung nach Frankfurt geführte Kollege. Auch das ist uns sehr lächerlich; denn zu dieser Zeit hatten wir unser Sekretariat in Mannheim, nicht in Frankfurt. Wir hatten somit mit Frankfurt auch keine Verbindung. Auch

dieser Vorwurf fällt in sich zusammen. Dann die Verhandlungen von 1906? Da müssen wir schon sagen, daß unsere Forderungen in manchen Punkten bedeutend besser waren, wie die des sozialdemokratischen Verbandes. Wir hatten auch keine Ursache, daß uns Gebotene abzuweisen, da die Hauptpunkte unserer Forderung damit erledigt waren. Aber in dieser Verhandlung haben wir gesehen und gehört, wie die „Genossen“ arbeiten, und es hat ja auch der Vorsitzende der Arbeitgeber erklärt, daß der sozialdemokratische Gauvorsitzende, als man ihn nicht zu der Verhandlung zulassen wollte, sagte, daß es besser wäre, wenn er dabei sei, weil er den Offenbacher „Genossen“ nicht die nötigen Kenntnisse in dieser Sache zutraute, um die Verhandlung zu einem guten Ende zu führen. Bei dieser Verhandlung ist es uns klar geworden, wie in den vorhergegangenen früheren Verhandlungen gearbeitet worden ist. Auch haben wir uns durch unser Beitritt bei dieser Verhandlung die Ausichtslosigkeit des Streiks von 1904 erklären können. In dem Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist es auch zugegeben, daß man bei den Verhandlungen die Christlichen ausgeschlossen haben wollte. Wo sind denn da die Arbeiter-Zerplitterer zu suchen? Erinnert sich der Artikelsschreiber auch noch der Verhandlungen selbst? Wenn er nicht dabei war, lasse er sich es sagen, wie gerade seine Kommissionsmitglieder durch ihr rigoroses Vorgehen die Verhandlungen beinahe unmöglich machten. War es da nicht gut, daß die Christlichen dabei waren? Auch muß man zu Verhandlungen Leute schicken, welche tadellos dastehen. Als in den Verhandlungen vom Blaumachen gesprochen wurde, mußte der damalige Vorsitzende des sozialdemokratischen Verbandes von seinem Arbeitgeber sich sagen lassen, daß er erst selbst das Blaumachen lassen möge, ehe er es bei anderen rüge. Und hat nicht die sozialdemokratische Zahlstelle in dem Kartellbericht von 1907 die ganzen Bewilligungen als ihr Werk angesehen, während im Artikel die Christlichen für den Ausgang der Bewegung verantwortlich gemacht werden sollen. Doch jetzt genug davon! Aber in Zukunft, wenn den verhassten „Christen“ wieder eins angehangen werden soll, immer schön bei der Wahrheit bleiben, denn nur Tatsachen können bestehen, alles andere fällt in sich zusammen. Wir aber werden es nicht versäumen, dem „wahrheitsliebenden“ Berichterstatter eine andere Antwort zu geben. Durch eine eifrige Agitation werden wir unsere Reihen weiter zu stärken wissen, und nach wie vor für die Interessen unserer Kollegen, wie uns gut dünkt, eintreten.

Schäffler.

München. Gegen unseren Kollegen Schwarzer, erhob die soziald. „Brauereiarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 16 den Vorwurf, daß er die Interessen der Kollegen bei der letzten Brauereiarbeiterbewegung nicht genügend wahrgenommen hätte. Auf Grund seines Verhaltens hätten sich die Arbeiter mit weniger zufrieden geben müssen. Gegen diese elenden Verleumdungen wandte sich eine im Gesellschaftshause stattgefundene christl. Brauereiarbeiter-Versammlung. Es gelangte die Versammlung zu folgender Entscheidung:

„Die heute am 26. April im Kathol. Gesellschaftshause stattfindende christliche Brauereiarbeiter-Versammlung nimmt Kenntnis von den Entscheidungen der Schiedskommissionen vom 24. März und billigt vollumfänglich die Stellungnahme ihrer Vertreter zu den strittigen Fragen. Nach Vorlage des amtlichen Protokolls und allemöglichen Berichterstattung erweisen sich die seitens der sozialdemokratischen Brauereiarbeiter-Zeitung in Nr. 16 erhobenen Vorwürfe gegen die christliche Organisation, insbesondere gegen den Kollegen Schwarzer, als hätte dieser gegen die Interessen der Arbeiter gewirkt, sowie die weitere Behauptung: „Hätten die Christlichen nicht mit den Arbeitgebern gestimmt, so wäre mehr erreicht worden“ als eine glatte Verleumdung. Die Versammlung stellt fest, daß in der Frage der Arbeit an nichtgesetzlichen Feiertagen sowohl hinsichtlich der Ablehnung des Arbeitszwanges wie auch der Bezahlung alle Beschlüsse einstimmig (demnach mit der Zustimmung der Vertreter der sogden. Verbände) gefaßt wurden. Angesichts dieser Tatsachen weisen die christlichen Brauereiarbeiter die gegen ihre Organisation erhobenen Verdächtigungen mit Entrüstung zurück und sprechen dem Kollegen Schwarzer für die Vertretung ihrer Interessen ihren Dank aus.“

Sterbetafel.

Karl Eder, Schreiner, Verbandssekretär der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, gestorben zu Rumbach. Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

„Interessantes für Korbmacher“ plaudert ein „Genosse“ Heinrich Schilpp aus Schw.-Gmünd in Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ aus. Er erzählt, daß der christliche Holzarbeiter-Verband in Bad. Rheinfelden so glücklich war, eine Zahlstelle zu besitzen.

„Als aber im Winter 1907/08 den Arbeitern (Korbmachern) ganz bedeutende Abzüge gemacht wurden, da hat man nichts gemerkt, daß eine Zahlstelle am Platz wäre. Da haben die christlichen Führer auf ihre Mitglieder gepöfien, da hat sich keiner setzen lassen, um gegen den ungerechten Abzug Einspruch zu erheben. Angesichts solcher Tatsachen waren die Kollegen gezwungen, mit dem Lohn herabzugehen, so schwer es ihnen auch gefallen ist.“

Sollte der Genosse Schilpp Beweise für seine Behauptungen erbringen, würde ihm das sicherlich schwer fallen. Wir stellen zu seinen Behauptungen nur fest, daß 1. unser Verband noch keine Zahlstelle in Bad. Rheinfelden besessen hat; 2. daß, wenn Schilpp etwa unsere Zahlstelle Kollingen meinen sollte, die allein in der Gegend von Rheinfelden in Betracht kam und noch kommt, dieser im 4. Quartal 1907 überhaupt kein Korbmacher angehört hat. Wenn Schilpp mit den Kerntruppen des Betriebes, die nach seinen Angaben aus ehemaligen Streikbrechern, landwirtschaftlichen Arbeitern und Angehörigen verschiedener Berufe bestehen, einen Lohnabzug abrechnen kann, dann hätte er sicher von seinem Verbande schon längst wegen seiner Lächerlichkeit eine Anstellung erhalten. Solange er jedoch dazu unfähig ist, das zu schaffen, was er von anderen verlangt, sollte er es unterlassen, sein Lügenmaul spazieren zu führen.

Wegen der Raifeier wurde nach den Mitteilungen in der soziald. Presse in Berlin 4028 Holzarbeiter ausgesperrt. Man rechnet, daß für die Unterstützung dieser Aussperrten 60 000 Mk. geopfert werden müssen. In München betrug die Zahl der ausgesperrten Holzarbeiter 767. Das dortige Gewerbegericht soll die aussperrenden Arbeitgeber für tarif-

brüchig erklärt haben. Die sozial. Presse hält die Arbeitgeber für schadenhaftpflichtig und rechnet damit, daß dieserhalb die Münchener Arbeitgeber der Holzindustrie 12.000 Mk. zu entrichten haben. — Von Bedeutung war nur noch die Beteiligung der Holzarbeiter an der Matifester in Nürnberg. Der hier erfolgten Aussperrung schloß sich gleich der Ausstand an. Im übrigen zeigte es sich, daß der Matifesterinnel den Holzarbeitern immer weniger Kopfschmerzen macht.

„Päpstlicher als der Papst“ sind nach dem konservativen „Bayerischen Volksfreund“ jene protestantischen Kreise, die in den christlichen Gewerkschaften ein „schwarzes Geheiß“ erblicken und deshalb von einer Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts wissen wollen. Anlässlich der Äußerung des Papstes, daß es seine volle Billigung habe, wenn in den christlichen Gewerkschaften die katholischen Arbeiter gemeinsam mit den evangelischen tätig seien, schreibt das genannte Blatt:

„Jeder vorurteilsvolle Freund der christlichen Gewerkschaften, der in diesen nicht nur einen gewissen Damm gegen die Sozialdemokratie, sondern auch einen Faktor, der berufen ist, den vierten Stand in kultureller und materieller Beziehung zu heben und zu heben erblickt, dürfte sich über diese Erklärung aufrichtig freuen. Hier müssen nun auch wir Protestanten die Frage aufwerfen: Warum begegnet man in den protestantischen Kreisen so viel Mißtrauen gegenüber dieser christlichen Arbeiterbewegung? Viele, ich glaube wohl behaupten zu dürfen, vorwiegend Liberale, erblicken in dieser Bewegung ein schwarzes Geheiß, ohne jedoch nur einen Beweis dafür erbringen zu können. Mit diesem Banne muß unter allen Umständen gebrochen werden, denn die christlich-nationale Bewegung verdient, daß sie unterstützt wird, wenn nicht der Satz Berechtigung finden soll: „In den Kreisen der Protestanten gibt es Leute, die päpstlicher sind als der Papst.“

Gefangene als Streikbrecher. Wie die „Westdeutsche Post“ in ihrer Nummer vom 8. Mai d. J. mitteilt, haben die Schreiner bei der Firma Stand in Selsenkirchen die Arbeit niedergelegt und sind nunmehr Strafgefangene mit Arbeiten für die befreite Firma beschäftigt. — Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so läge nichts näher, als daß die Gefängnisverwaltung veranlaßt würde, durch die Zurückziehung der Arbeitskräfte Neutralität in wirtschaftlichen Kämpfen zu bekunden.

Gegen die Versammlungstrotzler. Das Landgericht zu Altmühl verurteilte sieben sozialdemokratische Holzarbeiter zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis drei Monaten, weil sie sich gelegentlich in einer nationalliberalen Versammlung in Schmelz des Hausfriedensbruches, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Beleidigung schuldig gemacht hatten.

Saarbrücker. Die industriellen Nachbarn an der Saar empfinden das Vordringen und die Aufklärungsarbeit der sozial. Gewerkschaften sehr schmerzhaft. Kein Wunder, wenn sie sich bemühen, die bereits verlorene Position wieder zurückzugewinnen. So geht man jetzt wieder dazu über, das Lesen einer bestimmten Presse zu verlangen. Den Anfang macht die Burbacher Hütte bei den Mitgliedern des gelben Hüttenvereins mit der Einführung des „Saarbrücker Lokal-Anzeigers“. Ein großer Teil der Arbeiter der Burbacher Hütte gehört dem Hüttenverein nur gezwungen an. In einer Versammlung wollte ein Mitglied sich gegen den Bezug des Hüttenvereins, sonst aber gewerkschaftsfeindlichen S. L. A. aussprechen. Ihm fiel aber ein Hüttenmeister ins Wort und erklärte, daß bezügliche Arbeiter, der gegen einen solchen Beschluß etwas einzuwenden habe, kein „richtiges Mitglied“ des Hüttenvereins sei und der sollte gehen. Kein Arbeiter wagte es daraufhin, seine Stimme gegen den Antrag noch zu erheben, der dann ohne Widerspruch angenommen wurde. Noch viel weniger wird ein Arbeiter wegen dieses Beschlusses aus dem Verein ausgeschlossen. Denn in diesem Falle wäre Ausschließen aus dem gelben Hüttenverein gleichbedeutend mit der Entlassung von der Hütte.

Auf den Königl. Sauben macht sich das saarbrücker System, das hier bereits für überstanden galt, ebenfalls wieder bemerkbar. Auf Grube Eulbach wurde das Mitglied des Arbeiterausschusses Kanber ohne Angabe eines Grundes entlassen. In der nächsten Sitzung des Arbeiterausschusses nach den Entlassungsgründen befragt, erklärte der neue Direktor der Grube, daß die Entlassungsgründe in den vorgebrachten Beschwerden Kanber's, die dieser in den Ausschussführungen vorgebracht, zu finden seien. Die Folge dieser Erklärung war, daß die gesamten Ausschussmitglieder ihr Amt niederlegten, da sie eine derartige Behandlung nicht mit ihrem Amt in Einklang zu bringen vermochten. Eine von über 1000 Bergleuten der Grube beschlossene Versammlung faßte aus Anlaß dieser Vorgänge folgende Resolution:

Die Versammlung der Bergleute der Grube Eulbach nimmt mit Befriedigung Kenntnis, daß die organisierten Sauben-entschlossenen ihr Amt niedergelegt haben, weil es unter den jetzigen Umständen, wie durch die Vorgehensweise des Kanberchen Kanber bewiesen wurde, für die Saubenentschlossenen unmöglich ist, ihr Amt so zu versehen, wie es im Interesse des Friedens zwischen Arbeiter und Arbeitgeber notwendig ist. Die Versammlung erachtet es als ihre Pflicht, dem Kanberchen, daß bei den Saubenentschlossenen kein organisierter Arbeiter sein soll, sondern nur ein gewöhnlicher Arbeiter. Sie fordert die Saubenentschlossenen, bis zum nächsten Sonntag, daß die Saubenentschlossenen ihr Amt, wie es sein muß, aufgeben können, ohne befürchten zu müssen, geschädigt zu werden.

Der Geist der Sauben, Fälscher und Lüge lebt im Saarbrücker als weiter. Doch auch er muß schwinden und verschwinden, als die Arbeiter sich ihrer Rechte bewusst werden und mit den Gewerkschaften den Kampf gegen die unwürdige Saubenverwaltung aufnehmen.

Beschuldigung der polnischen Berufsvereine. 124 Delegierte der drei bestehenden polnischen Berufsvereine, (Eise: Arbeiter, Holz, Stein) beschließen, auf einem am 10. Mai zu Bochum stattfindenden Kongress, die Beschuldigung der drei Gruppen zu einer „polnischen Berufsvereine“. Auf dem Kongress kam es zu hitzigen Diskussionen zwischen den verschiedenen Gruppen und dem Vertreter des „Wozniak-Polski“ Verbandes. Um den Kongress zu beenden, wurde beschlossen, daß die drei Gruppen...

Sofinski die Zeitung „Egoda“ dem Verbands schenken lassen. Der Kongress lehnte jedoch die Schenkung ab, da das Zeitungsunternehmen zu überschuldet sei. Das Blatt hat inzwischen auch sein Erscheinen eingestellt. Den Kassenbericht des Bochumer Verbandes erstattete ein Revisor, dessen Bericht dann vom Hauptkassierer in vielen Punkten für falsch erklärt wurde. Es wurden große Differenzen festgestellt. In dem Geschäftsberichte wurden die christlichen Gewerkschaften als die schärfsten Gegner der polnischen Gewerkschaften hingestellt. — An der Spitze des neuen großen Verbandes steht ein Zentralvorstand, der seinen Sitz in Bochum hat. Vorsitzender ist Sofinski. Innerhalb des Verbandes werden nach den Beschlüssen des Kongresses Fachabteilungen für die einzelnen Berufe gebildet und zwar sind die beiden stärksten Fachabteilungen diejenige für die Berg- und Salinenarbeiter und für die Fabrikarbeiter. Jede Fachabteilung erhält besondere Sitzungen. In dem neuen Verbands sind annähernd 60.000 zahlende Mitglieder vereinigt. Das Vermögen beläuft sich auf 470.000 Mk. Im abgelaufenen Jahre wurden an Krankenunterstützungen 60.150 Mk., an Sterbegeld 9860 Mk., für Rechtsschutz 5655 Mk., an Streikunterstützungen 5188 Mk., an Arbeitslosenunterstützungen 7322 Mk. und an Reiseunterstützungen 1218 Mk. aufgewendet. — Bei 60.000 zahlenden Mitgliedern und 470.000 Mk. Kassenbestand sind die Aussichten des neuen polnischen Verbandes nicht die günstigsten; zudem wird auch der alte Kampf zwischen Brestki und Sofinski bald wieder entbrennen.

Soziale Rundschau.

Ein neuer Ärzteverband wurde am Sonntag 2. Mai d. J. in Berlin gegründet. Die Gründung richtet sich vornehmlich gegen den sog. Leipziger Verband der Ärzte, der durch seine radikalen Forderungen unbedingt eine Gegenströmung schaffen mußte. Der neue Ärzteverband steht auf dem Standpunkte, daß die Regelung der Beiträge zwischen Ärzten und Krankenkassen Sache der freien Vereinbarung der beteiligten Faktoren sein muß und nicht die erstarrten Prinzipien des Leipziger Verbandes zur Grundlage haben darf. Der Verband führt den Namen „Reichsverband deutscher Ärzte“ und wird von Sanitätsrat Dr. Buch-Bochum, der als Vorsitzender fungiert, geleitet.

Soziale Unterrichtsstufe hält der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine in München vom 1. bis einschließlich 15. August d. J. ab. Aus dem reichhaltigen Programm sind unter anderen folgende Punkte erwähnenswert: „Wesen und Stand der Arbeiterfrage“ Prof. Verbandspräsident Waltebach, „Der staatliche Arbeiterschutz und die Gewerbeinspektion“ Prof. Regierungs- und Gewerbeamt Hertel, „Die Sozialdemokratie“ Binkler, „Kommunale Sozialpolitik“ Prof. Dr. Bram, „Deutsche Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände“ Prof. Königbauer, „Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften“ Prof. Dr. Reychbach, „Die Landarbeiterfrage“ Dr. Ernst, „Die katholischen Arbeitervereine der Gegenwart“ Prof. Dr. Steinhausen, „Die religiöse Bildung der Arbeiter“ Prof. Prof. Seiler, „Die geistige Schulung der Arbeiter“ Prediger Martin, „Vorbildungsbestrebungen“ Dr. Müller, „Die Pflege des Rechtschutzes“ Prof. Königbauer, „Die Genossenschaftsfrage“ Dr. Feurstein. Im weiteren werden auf dem Kursus auch die Fragen der Arbeiterinnen- und Dienstbotenorganisation eingehend behandelt. Die Abhaltung solcher Kurse begrüßen wir und versprechen uns davon auch günstige Erfolge. Bedauerlich erscheint nur der Umstand daß man bei Vorbereitung und Festlegung des Programms die Vertreter der Gewerkschaften in Süddeutschland völlig ausschließt was wohl nicht im Sinne gemeinsamen Wirkens liegt.

Außerbetriebliche sind vielfach die sozialdem. Unternehmungen nicht, obgleich man annehmen sollte, daß innerhalb derselben gezeigt werden müßte, wie ungefähr sich die Arbeit im sozial. Zukunftsstaat gestalten. Zwei Betriebe werden in der letzten Zeit wiederum genannt, wo das Gegenteil zutreffen soll. Das Organ der sozialdem. Bundesleiter in Holland meldet, daß in der Druckerei des sozialdem. Hauptorgans „Het Volk“ „bestialische Arbeitgeber“ zu finden seien. Den „Genossen“ würde die sozialdem. Saugpumpe auf den Leib gesetzt, so daß sie fast erstickten, alles zugunsten der Aktienbesitzer. Das solle überall angepöbeln werden, denn zu lange sei die dort tyrannisierende Clique geherrscht worden.

Ueber den Betrieb der sozialdem. „Rechtlichen Tribune“ in Genä werden in der sozialdem. „Einigkeit“ Beschwerden geführt. Die Austrägerinnen der „Tribüne“ erhielten erst dann ihr verdienten Geld, wenn der letzte Abnommer den Monats für den Monat entrichtet habe. Das dauerte aber oft 14 Tage oder 3 Wochen bis nach dem Monatsverfluß. Für die armen Austrägerinnen sei es eine wahre Gefahr zu ihrem fauer verdienten Gelde zu kommen. Gingegegen würde die besser bezahlte Arbeit des Einlegens von Beilagen von den Frauen und Töchtern gut bezahlter Angestellten gemacht. — Wenn man sich erinnert, daß auch über die Betriebe der „Leipziger Volkszeitung“, des „Vorwärts“ und anderer sozial. Blätter schon des öfteren Klagen laut wurden, so ist die Zurückhaltung zu verstehen, die die weitesten Arbeiterkreise gegenüber der neu zu errichtenden sozialdem. Gesellschaftsbewegung an den Tag legen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Schlichterband für das Bergbauergewerbe. Die Berliner Delegation dieser Arbeitgeberorganisation beruht in ihrem Jahresbericht, daß der Schlichterband des Zusammenschlusses der Interessenten im Bergbauergewerbe bereits festen Boden gewonnen hat. Der Schlichterband hat ein Vermögen von 1398224 Mk. und geht, um den Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, der Streit-Entscheidungs-Gesellschaft, des Vereines der deutschen Arbeitgeberverbände an. — In der Versammlung der Berliner Mitglieder dieses Verbandes kam zum Ausdruck, daß die Arbeitgeber in den Parlamenten nicht genügend vertreten seien und bei solchen nur ein geringer

Kandidat die Stimmen der Arbeitgeber erhalten dürfe, sich verpflichte, für ihre Interessen einzutreten. Notwendig sei dieses, da verschiedene sozialpolitische Gesetzesvorläufe (Arbeitskammern etc.) Aussicht hätten angenommen zu werden. — Der Generalsekretär des Verbandes, Rasse, hat im Jahr 1908 in den verschiedensten Städten, so Potsdam, Lahr, Breslau, Königsberg, Hamburg usw. persönliche Führer gesucht und gefunden.

Aus dem gewerblichen Leben.

Vom Automobilbau. Die amtliche Statistik verzeichnet für den 1. Jan. 1909 im deutschen Reich 41720 Kraftfahrzeuge gegen 36022 am 1. Jan. 1908. Es erfolgte mit einer Vermehrung um 5705 gleich 15,8%. Die Kraftfahrzeuge für die Personenbeförderung überwiegen. wurden davon 39475 gezählt, davon sind 20928 Kraftwagen und nur 18547 eigentliche Automobile. Der Lastenförderung dienen 2252 Fahrzeuge, von denen 2004 Kraftwagen, die übrigen Krafttrader sind. 40,8% aller der Personenförderung dienenden Kraftfahrzeuge stehen im Dienst des Handel und Gewerbe, 39,4% dienen dem Sport und Vergnügen. Ärzten, Feldmessern und ähnlichen Interessenten dienen 11,8%, im öffentlichen Fuhrverkehr finden 5,9% Verwendung, 1,1% dienen land- und forstwirtschaftlichen Betriebszwecken und 1% steht im Dienst öffentlicher Behörden (Post, Militär usw.). Von den Kraftfahrzeugen der Lastenbeförderung dienen, finden sich 91,4% im Handelsgewerbe, 6,3% standen im Dienste der Behörden, die übrigen dienen sonstigen Zwecken. Unter den der Personenförderung dienenden Kraftfahrzeugen, die des Sportes und Vergnügens wegen gehalten werden, befinden sich nur 7192 Krafttrader, jedoch die Verwendung der Automobile hier eine beträchtliche ist.

Man erwartet nun durch das am 27. März 1909 erlassene Reichs-Automobil-Haftpflicht-Gesetz ein starkes Nachlassen des Automobilgebrauchs, was wiederum nachteilig die Herstellung wirken muß. Die strengen Bestimmungen des Gesetzes sollen den Automobilbesitzer unweigerlich zur Haftpflicht ausliefern. Die privaten Versicherungsunternehmen müßten, um allen gerecht zu werden, sehr hohe Prämien fordern, deren Höhe schon der Zahlung einer jährlichen Unfallrente gleichkäme. Das würde das Publikum vom Kauf und Gebrauch der Luxusautomobile, an dem noch am meisten zu verdienen sei, zurückhalten. In Handel und Verkehr würde es ebenso gehen und der Schluß würde sein, der Niedergang der Automobilindustrie.

Süddeutsche Möbelfabrik in Mannheim. Die Süddeutsche Möbelfabrik, Kom.-Ges. auf Aktien, erzielte 270000 Mk. Aktienkapital einschließlich 17185,59 Mk. Vortrag einen Gewinn von 26443,29 Mk. In der Bilanz stehen zu Buch: Aktiva: Grundstück und Gebäude 249385,75 Mk. Werkzeug- und Holzbearbeitungsmaschinen 22185,71 Mk. Waren und Rohmaterialien 281137,51 Mk. Passiva: Aktienkapital 190000 Mk., Hypothekenkonto 140000 Mk.

Berliner Holzkonor. Die Generalversammlung der Berliner Holzkonor, die Dividende auf 2% fest. Die Verwaltung bemerkt u. a. trotz der Billigkeit des Geldes habe die Bautätigkeit eine Belebung nicht erfahren. Die Gesellschaft sei zwar beschäftigt aber doch in geringerem Maße als sie zu leisten imstande wäre.

Adressenveränderungen.

- Kronach. R. Baptist Stumpf, Kreuzbergstraße 167 v. 12-1.
- Offenbach. R. J. Wolpers, Herrenstraße 26. 6-7.
- V. Wilhelm Spahn, Kaiserstraße 4.

Briefkasten.

- B. Berlin. Du irrst. Bereits zu Beginn des Jahres 1909 wurde in mehreren Zahlstellen des sozial. Verbandes ein höherer Beitrag wie 80 Pfg. erhoben. Es zahlten damals schon auf Berlin 1 Mt. Wochenbeitrag: Adlershof, Charlottenburg, Groß Lichterfelde, Oberschöneweide, Nixdorf, Schöneberg, Spandau, Steglitz, Weihenstephan, Hamburg, Kiel, Köln, Wiesbaden, Stuttgart 85 Pfg. Wochenbeitrag Zellendorf und München: 80 Pfg. Wochenbeitrag: Köpenick, Rowanow-Neuendorf, Garburg, Rehdorf, Essen, Frankfurt a. M., Färth.

Tischler mit langjähriger Praxis auch als Vorarbeiter sucht nach Absolvierung zweier erstklassiger Meisterprüfung Stellung als Stütze des Chefs, Werkführer od. dgl. Gesl. Anträge unter „W. T. 1795“ an Rudolf Wosse, Wien.

Tüchtiger, selbständig arbeitender Tischler, sowie ein **Stellmacher** auf sofort gesucht. Näheres durch die Ortsverwaltung der Zahlstelle Delmenhorst in Old. B. Piel, Oldenburgerstraße 50, I.

Gesucht per sofort werden für den Platz St. Gallen (Schweiz) je ein tüchtiger **Stuhlbaner**, **Dotterer**, **Sattler**, **Drechsler** sowie mehr **Schreiner**. Bewerbungen erbiten an das Sekretariat des Christlichen Holzarbeiter-Verbandes der Schweiz S. Gisela, St. Gallen, Ranzgasse.

Wohnungskunst- und Holzarchitektur
erhalten Sie auf Wunsch eine Probenummer der Zeitschrift „Wohnungskunst und Holzarchitektur“
Verlag: A. Busch u. Co. Wurzen i. Sa.
(Vierteljahr 6 Hefte 2 Mk.)